

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat
Fraktion Die Linke
FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Die Piraten
Deine Freunde

An die Oberbürgermeisterin
Frau Henriette Reker

An den Vorsitzenden des
Verkehrsausschusses
Herrn Bürgermeister
Andreas Wolter

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 30.11.2015

AN/1883/2015

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Verkehrsausschuss	01.12.2015

ÖPNV-Bedarfsplan 2017 des Landes NRW–Bedarfsplananmeldungen der Stadt Köln

Sehr geehrter Frau Reker,

Sehr geehrter Herr BM Wolter,

wir bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses aufzunehmen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln begrüßt und unterstützt ausdrücklich die Anmeldungen der Stadt Köln zum ÖPNV-Bedarfsplan 2017 des Landes NRW.

Im Einzelnen sind dies:

Anmeldungen der Stadt Köln zum ÖPNV-Bedarfplan 2017 des Landes NRW
unter Berücksichtigung der Ergebnisse des interfraktionellen Gesprächs am 19.10.2015

Stand: 22.10.2015

Nr.	Linie	Maßnahme	erschlossene Einwohner im Einzugsbereich*	progn. werktägl. Fahrgastaufkommen**	geschätzte Investitionen	Bemerkungen
1	1, 7, 9	Ertüchtigung der O-W-Achse zum Betrieb mit Langzügen			300.000.000,00 €	Erhöhung der heute unzureichenden Kapazitäten auf der Linie 1 um 50%
2	7 rrh.	Verlängerung der Linie 7 rechtsrheinisch bis zur Ranzeler Str.	12.000	9580	13.200.000,00 €	Voraussetzung ist die Realisierung des Neubaugebiets Zündorf-Süd
3	1 rrh.	Stadtbahnbindung Neubrück	13.500	10770	31.000.000,00 €	Verbindungsschleife zwischen Linie 1 und Linie 9; evtl. weitere Wohnungsbaureserven im östlich angrenzenden Einzugsbereich der geplanten Trasse erschließbar
4	13 lrh.	Linksrheinische Gürtelverlängerung	20.000	15960	112.000.000,00 €	große Unwägbarkeit Unterquerung Güterbahnhof Eifelort. Aufteilung in zwei Baustufen bis Bonner Straße bzw. bis Rheinufer möglich
5	StaBa	Maßnahmenbündel zur Herstellung der Barrierefreiheit an Stadtbahn-Haltestellen			102.000.000,00 €	insgesamt 23 Haltestellen, nach gesetzlicher Vorgabe bis 2022 barrierefrei auszubauen
6	Bus	Maßnahmenbündel zur Herstellung der Barrierefreiheit an Bus-Haltestellen			17.600.000,00 €	insgesamt 440 Haltestellen entsprechend städtischer Prioritätenliste, nach gesetzlicher Vorgabe bis 2022 barrierefrei auszubauen
7	18	Neubau einer Stadtbahnhaltestelle auf der Luxemburger Straße am Bahnhof Köln-Süd			10.000.000,00 €	geht nur zusammen mit der Aufweitung der Bahnbrücke im Zuge der Brückenerneuerung durch die Bahn AG
8	N.N.	Stadtbahnbindung Stammheim/Flittard mit Bypass Mülheim Süd	26000 bzw. 31000	20750 bzw. 24740	133.000.000,00 €	1. Baustufe Flittard: 70.500.000 € 2. Baustufe Mülheim Süd: 62.500.000 €
9	5	Stadtbahnbindung Rondorf/Meschenich-Nord	13.700	10930	65.000.000,00 €	4. Baustufe Nord-Süd-Stadtbahn
10	1	Erweiterung der P+R-Anlage Weiden-West			4.600.000,00 €	Parkpalette für ca. 570 Stellplätze auf dem Gelände der bestehenden P+R-Anlage
11	5	Neubau P+R-Anlage Arnoldshöhe			13.600.000,00 €	Parkpalette an der künftigen Endhaltestelle Arnoldshöhe der Nord-Süd-Stadtbahn incl. notwendiger Außenanlagen
12	1	Stadtbahnbindung Widdersdorf	10.000	7980	63.000.000,00 €	alternativ Anbindung an die Linie 4 in Bocklemünd möglich, dann jedoch mit deutlich höheren Kosten und geringerer Erschließungswirkung
13	13 rrh.	Rechtsrheinische Gürtelverlängerung	13.000 bzw. 14.000	10370 bzw. 11170	268.500.000,00 €	1. Baustufe bis Ostheim: 228.000.000 € 2. Baustufe bis S-Bahn Frankfurter Str: 40.500.000 €

Investitionssumme gesamt: 1.133.500.000,00 €

Begründung:

Um dem Bedarf einer wachsenden Stadt nach einer effizienten und leistungsstarken ÖPNV-Infrastruktur gerecht zu werden, ist der o.g. Ausbau des Schienennetzes, sowie die Herstellung der Barrierefreiheit unerlässlich. Die nun angemeldeten Vorhaben lassen aufgrund der errechneten Fahrgastnachfrage ein positives Nutzen-Kosten-Verhältnis erwarten und sind für die Bewältigung der zu erwartenden Einwohnersteigerung und der damit verbundenen steigenden Mobilitätsanforderungen dringend notwendig.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Bezirksregierung Köln muss bis zum 31.01.2016 die vom Regionalrat beschlossenen Maßnahmen dem zuständigen Ministerium des Landes NRW mitteilen und wird sich zeitnah mit den eingereichten Vorschlägen befassen. Um den von der Stadt Köln angemeldeten Maßnahmen mehr Gewicht zu verleihen, ist der vorliegende Beschluss notwendig. Da es ein gemeinsames Papier für den Regionalrat und die ZVV des NVR geben soll, sollte der Verkehrsausschuss am 1.12.2015 beschließen um die Sitzung des ZVV am 10.12. 2015 zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Michael Weisenstein
DIE LINKE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Ulrich Breite
FDP-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Thomas Hegenbarth
Piraten-Gruppensprecher

gez. Thor Zimmermann
DEINE FREUNDE

